



VBE und FDP im Gespräch

Zu einem Meinungsaustausch über Fragen zur aktuellen Bildungspolitik trafen sich aus der VBE Verbandsleitung Franz-Josef Meyer, Dr. Ingrid Otto und Lena Köhler mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag Björn Försterling und der FDP-Referentin für Bildung Navina Knoke.

Die Teilnehmer sind sich einig, dass es im Bildungsbereich zahlreiche Probleme gibt und die Landesregierung nicht in der Lage oder willens ist, dafür effektive Lösungen anzubieten. Zur Eindämmung des drohenden massiven Lehrermangels bereits zum kommenden Schuljahr agiert das Kultusministerium halbherzig und ratlos. Die angekündigten Maßnahmen wie Zulagen für ungeliebte Regionen und Brennpunktschulen oder eine schillernde Imagekampagne für mehr Lehrer werden wirkungslos verpuffen.

Übereinstimmend haben FDP und VBE das vom Kultusministerium diskutierte Konzept eines Pflichtstudiums Mathematik und Deutsch im Grundschullehramt abgelehnt. Die verbleibende Wahlmöglichkeit von nur noch einem Unterrichtsfach würde zu Lasten der weiteren Fächer wie Sachunterricht, Religion oder Englisch gehen und zur Verschärfung des fachfremden Unterrichts führen.

Die FDP unterstützt die Aufwertung des Faches Hauswirtschaft und sieht wie der VBE akuten Handlungsbedarf angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung weg von einer gesunden Essenskultur und hin zu einer geringschätzenden Wertschätzung von Lebensmitteln.

Die Vermittlung von Alltagskompetenzen wie richtige Ernährung, umweltbewusstes Konsumverhalten und gesundheitsfördernde Lebensweise sind fachimmanente Inhalte. Da Hauswirtschaft in Niedersachsen nicht studiert werden kann, obwohl es Pflichtfach in der Sek I der HS, RS und OBS ist, fordern die Teilnehmer dringend Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung. Die zuständigen Ministerien sollten das Thema unbedingt zeitnah in den Blick nehmen.

Weitere Themen des Gespräches sind die unausgeglichene Umsetzung des Digitalpaktes, die gemeinsame Forderung nach mindestens A 13 für alle sowie die Verschleppungstaktik des Kultusministeriums bei den Entlastungsmaßnahmen für Lehrkräfte. Für die Verschiebung der 2. Stunde der Altersermäßigung ab 55 Jahren in die nächste Legislaturperiode trotz Verankerung im Koalitionsvertrag zeigen die Teilnehmer kein Verständnis und wird als Affront gegenüber den älteren Kolleginnen und Kollegen bewertet.

Insgesamt blicken die Gesprächsteilnehmer angesichts der Perspektivlosigkeit und Verweigerung von ausreichenden finanziellen Mitteln für eine vorausschauende Bildungspolitik mit Sorge auf die nächsten Jahre.

Foto von links: Navina Knoke, Björn Försterling (FDP), Lena Köhler, Franz-Josef Meyer, Dr. Ingrid Otto (VBE)